

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsschrift: Tagesblatt Riesa.
Gemein Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsdankpflicht beim Amtsgericht und der
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1329
Blattstelle: Riesa Nr. 32.

Nr. 24.

Dienstag, 29. Januar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 12.—31. Januar 1924 2.20 Mt. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 4 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bemittelte Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgang angesetzt werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtige Anzeigerbeiträge werden keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Macdonald — der Diplomat.

Der Herausgeber des „Quotidian“ hat den neuen englischen Ministerpräsidenten aufgefragt. Was Macdonald agte, zeugt von der anerkanntesten Offenheit, die auf dem glatten Parkett der Diplomatie leider nicht üblich ist, wenn auch der englische Premier beides mühte: klug zu reden und was klug, klug zu schweigen. Dieses Schweigen mag der neugierige Franzose besonders empfunden haben, als er die Frage vorlegte, ob auch der englische Arbeiterführer das Vertrauen teile, das in England gegen Frankreich besteht. Macdonald beschränkte sich auf die Konstatierung der Tatsache, er erhofft aber eine Besserung der im Grunde doch freundschaftlichen Beziehungen durch offene Erklärungen. An solchen hat es in den englisch-französischen Beziehungen bisher von Zeit zu Zeit nicht gefehlt. Aber Macdonalds Neuherungen sind doch aus anderem Holz, sie sind konkret und weisen deutlich auf jene Dinge hin, welche das Vertrauen Englands begründen, deren Beseitigung also die Voraussetzung für die Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen bildet.

Was Macdonald beanstandete ist die französische Art, eine Lösung des Reparationsproblems zu versuchen, und die Beseitigung des Finanznotstandes des Völkerbundes. Der englische Ministerpräsident sprach beinahe offen genug aus, daß die Forderung jeder Lösung des Reparationsproblems hindere und eine wirtschaftliche Dummheit sei, welche die Befriedigung Europas unmöglich macht. Was Frankreich die Ehre nennt, ist nach Macdonalds trefflichem Urteil tatsächlich nichts anderes als die Vorbereitung eines neuen Krieges, eine latente Kriegsgefahr. Ebenso eindeutig ist die Stellung des neuen Mannes in England gegen den Separatismus: in der Unterdrückung der separatistischen Bewegung durch Frankreich erblickt er eine Verletzung des Vertrages von Versailles; deshalb wird England niemals eine auf solche Weise entstandene Autonomie anerkennen. England hält also in seiner Stellung gegen den Separatismus an seiner bisherigen Politik fest, welche durch ihr aktives Eingreifen den ersten Dornenbusch bereits zum Scheitern brachte. Wenn Macdonald nun krenge die Linie dieser Politik einhält, so kann das nur im Interesse der Lösung des Reparationsproblems und der Befriedigung Europas liegen. Bemerkenswert ist, daß er einer Erweiterung der Vollmachten der Sachverständigen auf deren Wunsch zustimmen bereit ist. Es ist denkbar und wird notwendig werden, die Tätigkeit des Sachverständigenausschusses über das reine Gutachtenniveau zu erheben, da sonst die Gefahr besteht, daß ein großer Aufwand unnütz verlan würde, wenn die Mepho sich gegen die bessere Einsicht verließt und sich hinwegsetzt über die Gutachten der Sachverständigen.

Im übrigen bedeuten Macdonalds Erklärungen eine glatte Abgabe an den Militarismus Frankreichs, dessen wahlwichtige Außenpolitik im eigenen Lande und bei den durch das Diktat von Versailles neuerschaffenen Staaten alles andere bedeutet als Sicherheit und Befriedigung. Das Mittel, aber einer Reorganisation bedarf. Diese muß vor allem damit anfangen, daß der Völkerbund ein Werkzeug gewisser großer Länder wird, die sich eine Klientel kleiner Nationen gesichert habe; weiter müsse die bedingungslose Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund verlangt werden. Man wird in Deutschland das Verständnis anerkennen und die Verantwortlichkeit, mit der der englische Ministerpräsident den deutschen Verhältnissen gegenübersteht. Aber daß der Völkerbund jemals die Bedeutung erlangen werde, die er erhofft, muß man selbst beim größten Optimismus bezweifeln. Ganz abgesehen von der geschichtlichen Erfahrungstatsache, daß alle Versuche, die Befriedigung der Welt durch eine Liga einzelner Völker oder ganzer Nationen, bisher mehr oder minder schlagfehlend sind, ist der Völkerbund in seiner heutigen Verfassung, in der er nur das die Vollziehung des Versailler Vertrages in letzter Linie deckende Instrument sein soll und ist, kein Instrument des Friedens; deshalb wäre die Reorganisation für den Beitritt Deutschlands, wenn dieser überhaupt in Frage kommt, die erste Voraussetzung.

Wie sich auf dieser Linie das Zusammenarbeiten der beiden Ministerpräsidenten in London und Paris gestalten wird, bleibt abzuwarten. Vom deutschen Standpunkt aus wäre es nur zu wünschen, daß Poincaré in die Lage versetzt wird und Gelegenheit bekommt, sich mit Macdonald darüber auseinanderzusetzen. Jedenfalls ist der letztere der ehrlichere und geradere, der sich deshalb auch besonders befähigt und berufen halten kann, ein großes Reformwerk durchzuführen, dessen Programm er selbst in den Satz gefaßt hat: „Ich habe die feste Überzeugung, daß wir alle eine neue Politik für unsere internationalen Beziehungen einleiten müssen, eine Politik der Vernunft und der Ehrlichkeit. Wir müssen den Mut haben, uns von den Vorurteilen und den Spitzfindigkeiten der alten Diplomatie loszumachen.“ Ein großes Programm und eine Herkulesarbeit! Ob Macdonald dessen Durchführung erlebt, sei dahingestellt! Er ist Sozialist, wenn man auch sagt, daß er nicht Sozialist im deutschen Sinne sei. Aber in Macdonalds Programm spielt doch der Gedanke der Internationalität eine große, wie es scheint, die ausschlaggebende Rolle. Er selbst hat es als seine Aufgabe bezeichnet, die Konfuzusmasse des Weltkrieges zu liquidieren. In dieser Konfuzusmasse befindet sich auch der Völker „Internationaler“. Jedenfalls hat sich der englische Ministerpräsident zum noch über den englischen und schweizerischen Pariser Kollegen erhoben, denn er mit Recht mangelndes Verständnis für die höheren Interessen Europas und für die besonderen Interessen Englands vorwirft, wie aus den Neuherungen Macdonalds überhaupt dieses Verständnis für die Belange der Zeit und für die Lage wie für die Stimmung in Deutschland wird. Es ist nur zu wünschen, daß er nun auch mit

der selben eisernen Festigkeit sein Programm zur Durchführung zu bringen sucht, die Poincaré eignet. Dann muß und wird der Tag kommen, an dem die französische Deputiertenkammer nicht nur über ein Vertrauensvotum für Poincaré abstimmen, sondern zwischen diesem und Macdonald direkt zu entscheiden haben wird. Das Macdonalds Programm dem belgischen Außenminister zu einem plötzlichen Besuch Poincarés Veranlassung gab, sagt genug, Frankreich händelnd bereit. Aber sie glauben, an dem Vänderepolitik und Belgien sehen die Gefahren; sie sind zu einigem Ansehhalten zu müssen. Bei England liegt die Entscheidung.

Die Unterredung Poincarés mit Jajpar.

Einleiten in der Valstrasse.

Die Zusammenkunft Jajpars mit Poincaré wird sowohl von französischer, wie von belgischer Seite nach wie vor von Geheimnissen umgeben, soweit sich nicht im Bericht, daß Jajpar, der erst am 3. Februar in Paris eintraf, auf besonderen Wunsch Poincarés bereits aus Brüssel herbeigeführt war. Die Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern scheint, wie aus allem hervorgeht, von geradezu entscheidender Wichtigkeit gewesen zu sein. Frankreich und Belgien haben nach Londoner Meldungen von MacKenna folgende Aufschlüsse über die Wünsche und Absichten der Arbeiterregierung erhalten: Mit einschneidenden Veränderungen in der diplomatischen Lage auf Grund einer aktiven Politik Macdonalds dürfte bereits innerhalb der nächsten 14 Tage zu rechnen sein und Poincaré und Jajpar haben unter diesen Umständen es für richtig gehalten, eine gemeinsame Stellungnahme zu veranlassen, ohne daß in diesen Vorstufen definitive Beschlüsse gefaßt worden sind. Zur Erörterung wurde gestellt, ob Frankreich und Belgien zweckmäßig die Initiative zu einer allgemeinen Aussprache ergreifen sollten. Immerhin haben sich die beiden Regierungen, insbesondere Frankreich, zu einem ersten Zugeständnis an den englischen Standpunkt entschlossen, in der Frage der autonomen Rheinpfalzabgabe. Die beiden Länder verneinten demnach auf die Kartifizierung der von der provisorischen Regierung in Epever getroffenen Verfügungen. Allerdings bleibt den seit dem 10. Februar aus der Pfalz vertriebenen Beamten die Rückkehr vorläufig verweigert. Im übrigen sind sich Poincaré und Jajpar über eine entgegenkommende Haltung gegen die Arbeiterpartei grundsätzlich schuldig geworden. Dafür sind auch nachstehende Äußerungen von Bertinax im „Echo de Paris“ bezeichnend: Den führenden Politikern in Paris und Brüssel liegt daran, mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen und nichts zu unternehmen, was die öffentliche Meinung reißlos auf die Seite der Arbeiterpartei bringen könnte. Mit anderen Worten: Wir müssen das Bestreben von den Nebenbühnen unterdrücken, und auf das Nebenbühnen verzichten. Von ausschlaggebender Bedeutung ist nach wie vor die Frage des Vändereffektivs im Rheinland. In dieser Frage sind wir aber zu zahlreichen Konzeptionen bereit. Alles läßt darauf schließen, daß die französische Regierung auch in der Angelegenheit der Kölner Eisenbahngasse zum Einleiten bereit ist. Poincaré hat, wie verlautet, dem rheinischen Oberkommissar Tirard zu sich befohlen. Tirard trifft in Paris ein und dürfte von dem Ministerpräsidenten persönlich Instruktionen auf den Weg bringen.

London. Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ schreibt, er habe Grund zu der Annahme, daß die Zusammenkunft zwischen Poincaré und Jajpar in der Hauptsache mit der Orientierung der britischen Politik zusammenhänge. Es scheint, daß Macdonald die technischen Berichte Belgens als eine Grundlage zu Erörterungen und zu einer Vereinbarung ansehe. In Brüssel gehe das Gerücht, daß Waffingham, der des Vertrauens Macdonalds genieße, vor einigen Tagen nach Brüssel gegangen sei und dort Unterredungen mit verschiedenen Sozialisten einleitend über den Vändereffektiv habe, denen er die Ansichten Macdonalds auseinandergesetzt. Wie verlautet, habe Vandervele Waffingham auch zum Premierminister Thomas mitgenommen. Waffingham soll sich 24 Stunden in Paris aufgehalten haben, bevor er nach Brüssel ging.

Wirtschaftsstriß und Sozialpolitik.

Eine Anrede des Reichsarbeitsministers.

Esien. Im Vereinshaus zu Hagen in Westfalen sprach vor einer von mehr als 300 Personen besuchten Konferenz der führenden Kreise des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reichsarbeitsminister Dr. Braun über das Thema: Wirtschaftsstriß und Sozialpolitik. Auch durch eine allgemeine Wirtschaftsstriß dürfte das Prinzip der Sozialpolitik selbst unter grundsätzlicher Notwendigkeit nicht angefaßt werden. In der Frage der Sozialversicherung sei die Beitragspflicht angepaßt, die Veranlassung der Organisation und die Verschärfung der Leistungen auf das notwendige Maß erfolgt mit dem Erfolge, daß heute das Versicherungswesen als getreitet betrachtet werden könne.

Weniger befriedigend sei die gegenwärtige Lage und die Aussichten für die nächste Zeit auf dem Gebiete der Beschäftigung und der Erwerbslosenfürsorge. Nachdem die rechtzeitige Einführung der Erwerbslosenversicherung gescheitert sei, sei durch die Verordnung vom 15. Oktober 1923 Erlos geschaffen worden. Als dem Grundbaue der Pflichtarbeit

müsse festgehalten werden, schon um Notstandsarbeiten vornehmen zu können. Sobald die Finanzen es erlauben, sollen die Unterhaltungsarbeiten herangeführt werden, aber nicht um den Preis einer neuen Inflationsperiode. Der Minister versprach, nach Kräften auf eine Steigerung des Reallohnens hinzuwirken durch eine weitere Senkung der Preise. Bei größerer Bewegungsfreiheit müßte die Wirtschaft wieder zu den früheren Grundlinien zurückkehren: starke Inflation, große Umsätze, kleiner Profit. Das seien auch die wirtschaftlichen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Auf dem Gebiete der Volkshilfspflege habe sich das Reichsarbeitsministerium befreit, die Selbsthilfe zu fördern.

Zur Arbeitsfrage wies der Minister darauf hin, daß die Gewerkschaften und die politischen Parteien dem Grundbaue der Arbeitsleistung auch auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung zugestimmt hätten. Der Höhepunkt der Krise habe annehmend einen entscheidenden Schritt unvermeidlich gemacht. Die Verordnung vom 21. Dezember entspreche gewiß nicht dem sozialpolitischen Ideal, sie sei aber auch nur als Notverordnung gedacht. Das Hauptgewicht bleibe bei der Regelung der Arbeitszeit den organisierten Arbeiterpartei im Tarifvertrage überlassen. Zur Währungsfrage bemerzte der Minister, die Preissteigerungen könnten zwar noch nicht wieder erreicht werden, eine Besserung sei aber zu erwarten, sobald das Wirtschaftsgeschehen wieder in Gang komme. Das Schlichtungswesen solle Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr und mehr zu verständnisvoller Zusammenarbeit bringen.

Der Minister erklärte, man werde einen gewissen sozialen Schutz der Mieter und Pächter beibehalten, aber auch schrittweise den Miet- und Pachtmis den Preissteigerungen angleichen. Zum Schluss sprach der Minister die Hoffnung aus, daß der tiefste Punkt der Wirtschaftskrise überwunden sei, wenn es zu einer Entzerrung der arbeitspolitischen Probleme komme. Im Interesse aller Völker und Stände sei ein solches Ergebnis der nunmehr beginnenden Unterhaltungen und Verhandlungen zu wünschen.

Die Vorlesungen des Ministers fanden grundsätzlichen Anerkennung. In der anschließenden Rede zum Thema: Das deutsche Vertrauensverhältnis der gewerkschaftlichen Bewegung zu dem ihr nachstehenden Reichsminister zum Ausdruck. Der Leiter der Versammlung und Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Stegerwald lobte das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen, daß zu einer pessimistischen Stimmung keine Veranlassung vorliegt. Er betonte, daß sozialistische Angriffe und Verdächtigungen das in dreijähriger neuer Verbundenheit geschaffene Vertrauen zum Reichsarbeitsminister in keiner Weise erschüttert hätten.

Verbot der Streikabstimmung der Eisenbahner.

Berlin. Der Verkehrsminister hat durch Verfügung vom Sonntag die Veranstaltung von Urabstimmungen über den vom deutschen Eisenbahnerverband empfohlenen Eisenbahnerstreik in den Verhältnissen der Reichseisenbahnen verboten. Die Eisenbahndirektionen sind angewiesen, Beamte und Arbeiter vor einer Beteiligung an den Streikabstimmungen zu warnen, die bei der Bilanzierung des Reiches nur mit Denkmalschuldung abgebaut werden könnte.

Das Dresdner sozialdemokratische Organ teilt mit, daß die vom Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes eingeleitete Urabstimmung über die Verordnung des Reichseisenbahndirektors über die Arbeitszeitfrage durch das Wehrkreiskommando verboten worden sei. Während der Wahl am Sonntag hätten die Polizeibeamten im Auftrag des Wehrkreiskommandos die Durchführung der Wahl verhindert, die Wahlurnen und dazugehörige beschlagnahmt und einige Sicherungen vorgenommen. Die freien gewerkschaftlichen Verbände würden durch ihre Eigenorganisationen an zuständiger Stelle die notwendigen Schritte gegen diesen militärischen Eingriff unternehmen.

Augsburg. Der Generalkonferenzkommissar hat die Vornahme der Urabstimmung unter den Eisenbahnern für Bayern verboten. In Augsburg wurden die Wohnungen der Mitglieder des Betriebsrates und die Büros durchsucht und das vorgefundene Material für die Urabstimmung beschlagnahmt. Die Funktionäre des Eisenbahnerverbandes wurden im Abnahmungsstapel in Haft genommen.

Der Beamtenabbau.

Berlin. Entgegen Pressenmeldungen, die behaupten, daß im Reichsfinanzministerium eine Erhöhung des Satzes der abzunehmenden Beamten auf 25 Prozent geplant sei, verlautet von unrichtiger Seite, daß an diesen Reduzierungen kein wahres Wort ist. Ebenso wird bestritten, daß bei dem Abbau eine partielle Auswahl auf Grund der politischen Einstellung der Beamten erfolge. Das Endziel des Abbaues ist und bleibt die Verminderung der Beamtenzahl um 25 Prozent.

Im Reichseisenbahnbetrieb sind zum 1. März weiteren 8200 Beamten und 11 000 Arbeitern gekündigt worden.

10 Prozent Hypothekenaufwertung.

Berlin. Wie verlautet, ist zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsjustizministerium eine Vereinbarung getroffen worden, wonach im Rahmen der dritten Steuernotverordnung die Hypothekenaufwertung generell auf 10 Prozent des Marktwertes begrenzt wird. Nur in Ausnahmefällen kann durch Verichtsentscheidung darüber hinaus bis zu 25 Prozent gegangen werden. Das Reichsstatistikamt wird heute über diese Vereinbarung Beschluß fassen. Ob für die Aufwertung der Obligationen derselben Sätze gelten wie für Hypotheken, steht noch nicht fest.

Deriliches und Sämliches.

Miel, den 20. Januar 1924.

Sachliches. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß vom 30. ds. Mts. an von den Arbeitern der ev.-lut. wie der röm.-kath. Kirche ein Kirchensteuer in der Stadtkassenklasse zu zahlen ist. Näheres belagen die Anschläge im Rathaus, am Rosenplatz und an dem Hause Hauptstraße 27.

„Tragödie der Liebe“, das ist, wie der Berl. Montag-Morgen schreibt, das stärkste schauspielerische Lebensbildnis, was auf dem Gebiet des großen Spielfilms bisher in Deutschland, und wahrscheinlich auf der ganzen Welt, erreicht wurde. Es ist ein meisterhafter Spielfilm entstanden, der nicht literarisch ist, in dem keine Weltanschauung gelehrt wird, ein bis ins allerfeinste sorgsam durchgearbeiteter Film, der bis zum letzten Akt in Atem hält.

Erhöhte Zuschläge für die Pflichtarbeiten der Erwerbslosen. Die Erwerbslosen sind bekanntlich verpflichtet, gegen ihre Unterstützung gemeinnützige Arbeiten, insbesondere auch Volkshandarbeiten, zu leisten. Sie erhalten dafür gewisse Zuschläge zur Unterstützung. Diese Zuschläge sind jetzt in der Weise erhöht, daß der Erwerblose für je 2 Stunden, die er mehr als 24 Stunden Arbeit leistet, 10 Prozent Zuschlag zur Hauptunterstützung erhält, bei schweren Arbeiten kann dieser Zuschlag schon nach 16 Stunden gesamt werden. Für Facharbeiter ist eine besondere Prämie von 10 Prozent des Hauptunterstützungsbetrags pro Tag eingeführt. Außerdem ist bei besonders guten und besonders schwierigen Leistungen eine Prämie von täglich 5 Prozent festgesetzt.

Der Deutsche Beamtenbund zur Lohnpolitik des Reiches. Wie aus der Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes mitteilt, hat die Bundesleitung des DBB. Verwahrung gegen das Schreiben des Reichsfinanzministers über die Lohnpolitik und gegen die Absicht einzuleiten, vorläufig keine Erhöhung der von ihm selbst als zu niedrig anerkannten Beamtengehälter vorzunehmen und die dringend notwendige Neuordnung durch den Verlust einer Senkung des allgemeinen Lohnniveaus auf ungewisse Zeit hinauszurollen. Der Deutsche Beamtenbund erklärt dazu: Es kann nicht gehillt werden, und es ist überdies eine volkswirtschaftliche Utopie, wenn man durch staatlichen Zwang die Höhe der Gehälter der Arbeiter und Angestellten der privaten Wirtschaft an die Höhe des öffentlichen Dienstes binden will. Die Reichsmaßnahmen sollen auf eine Erhöhung gebracht werden, die ausreicht, dem Personal der öffentlichen Verwaltungen endlich eine würdige Bezahlung zu gewähren.

Nach keine Herabsetzung der Milchpreise. Der Landesverband sächsischer Privatmolkereien hielt in Dresden seine erste diesjährige Tagung ab. Der Vorsitzende, Molkereibesitzer Paul Nibel, Dresden-Vauberg, befragte die allgemeine Lage im Molkereiwesen und warf die Frage auf, ob der jetzt in Sachsen geltende Milchpreis von 17 Goldmarken je Liter ab Stall ansehnlichen Ausmaßes der Butterpreise noch gerechtfertigt sei. Der Vorsitzende war der Ansicht, daß eine Herabsetzung zurzeit nicht angedacht sei, nicht etwa im Interesse der Molkereien, sondern im Interesse der Steuer- und Verbraucherverhältnisse. Wenn auch die Milchproduktion gegenüber dem allgemeinen Konsum in einem gewissen Maße zurückgegangen sei, so sei doch Milch noch nicht in solchem Mangel wieder vorhanden, als im Interesse der Allgemeinheit gemindert werden müsse. Die Lage sei im allgemeinen gut, aber schwach, und deshalb müsse dem Erzeuger durch Beibehaltung des jetzigen Preises ein Anreiz zur vermehrten Milchproduktion gegeben werden. Es sei deshalb gegenwärtig nicht zweckmäßig, bei den zuständigen Stellen eine Ermäßigung der Milchpreise vorzuschlagen, bei weiterer Senkung der Butterpreise werde aber die Frage der Milchpreiserhöhung ohnehin aufgetaucht werden. Diese Ausführungen des Landesverbandes schloß sich die aus St. und Weiskirchen zahlreich versamelte Versammlung vollaufhaltlich an. Die Versammlung erörterte dann noch die auch in Molkereien jetzt brennend gewordenen Kreditfragen. Der Vorsitzende erklärte sich bereit, in der Beschaffung von Kautionskrediten mit den maßgebenden Stellen Fühlung zu nehmen.

Verordnung über die Wahl von Gemeindevorstandern in die Schulbezirksvertretungen. Das Ministerium für Volkshilfsangelegenheiten hat die bisherigen Stadtverordneten und Gemeindevorstandere, die nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 7. November 1923 bis zum 31. Januar 1924 durch die neuwählten Gemeindevorstandern ersetzt werden, scheidet aus den Schulbezirksvertretungen aus. Die neuwählten Gemeindevorstandern haben alsbald nach ihrem Amtseintritt auch Neuwahlen in die Schulbezirksvertretungen (Schulausschuss, Schulbesitzersvorstand) gemäß den bisherigen Bestimmungen vorzunehmen. Mit der Neuwahl scheidet die bisherigen Gemeindevorstandere aus diesen Vertretungen aus. Die Wahlzeit der neuen Gemeindevorstandern in der Schulbezirksvertretung wird besonders geregelt.

Erhöhung der Bettkartenpreise. Vom 1. Februar ab werden die Bettkartenpreise im Schlafwagenverkehr um 25 vom Hundert des gegenwärtigen Preises erhöht. Sie betragen alsdann für die 1. Wagenklasse 20 Mark, für die 2. Klasse 10 Mark und für die 3. Klasse 5 Mark. Die Vorkostengebühr beträgt 10 Prozent des jeweiligen Bettkartenpreises.

Reisen ins besetzte Gebiet. Die Erleichterungen, die in den letzten Wochen für den Reiseverkehr zwischen besetztem und unbesetztem Deutschland von den Franzosen aufgestellt wurden, kommen in der Hauptsache nur für die Bewohner der besetzten Gebiete in Frage, die für die Wiedererreichung keines besonderen Genehmigungsbescheides mehr bedürfen. Dagegen ist die Einreise von Deutschen aus dem unbesetzten Gebiet von einem Gesellschaften abhängig. Gesuche sind an den Oberbefehlshaber der internationalen Kommission zu richten und müssen enthalten: deutschen Lichtbilderausweis, eine Aufenthaltserlaubnis, zwei unaufgezogene Lichtbilder und Angaben über Ziel und Zweck der Reise, Datum der Ankunft und Abreise, die vorgezeichnete Reisezeit und die Abreise, wo man sich aufhalten bzw. zu nächstigen geht. Wesbaden, das unter diesen Bedingungen schwer leidet, hat Verhandlungen mit der Besatzungsbehörde eingeleitet, nach glühungen Abschluß dieser Verhandlungen wird man die Einzelgesuche an die Landesverwaltung richten können, die die Erleichterung durchführt. Zwischen Frankfurt a. M. und Wiesbaden verkehren bereits wieder durchgehende D-Züge, und auch bei den Personenzügen ist in Höchst nur noch das Umsteigen und die Lösung einer neuen Fahrkarte im selben Bahnhof notwendig. Den Einzelgesuchen (die für Düsseldorf an die Geschäftsstelle der Handelskammer gerichtet werden können) ist ein freigeschalteter Briefumschlag und eine Ausfertigungsgebühr von 5 Mark (25 Francs) beizufügen. Einzelgesuche für die englische Zone (Brüdenloß Köln) sind an das sächsische Verkehrsamt, Domhof 28, zu richten.

Tagung der sächsischen Bankbeamten. Der Deutsche Bankbeamten-Verein e. V., der in Sachsen über 12.000 Mitglieder zählt, hielt am vergangenen Sonntag in Chemnitz eine Konferenz ab, an der 68 Vertreter aus allen Landesstellen teilnahmen. Durch einen überaus stark besetzten, künstlerisch ausgestatteten **Bühnenabend** leitete der Chemnitzer Amelareverein die

Tagung ein. Auf dieser erhaltete der Gauverwandtschaftsverband, Landtagsabgeordneter Seibert, den Tätigkeitsbericht. Diesem war zu entnehmen, daß die Bewegung trotz der Unklarheit der Verhältnisse bis auf den heutigen Tag ständig im Aufwachen begriffen ist. Gegenwärtig richtet sie ihre Hauptaufmerksamkeit auf die Erzielung zeitweiliger Arbeitsbedingungen und auf den durch die umfangreichen Entlassungen bedingten Rechtschutz. Dann sprach der geschäftsführende Vorsitzende des Deutschen Bankbeamten-Vereins e. V., Harkensberg-Berlin, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, über Tarif- und Organisationsfragen und behandelte hierbei insbesondere die auf Zerstückelung des Reichsarbeitsvertrages gerichteten Bestrebungen launmännlicher Angestelltenverbände. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird protestiert gegen den im Bankgewerbe neuerdings eingeführten Neunstundenstag und gegen die unzulänglichen Gehälter. „Die Gaugtagung“, so heißt es zum Schluß, „fordert von den Bankleitungen ein ganz anderes Verständnis für die wirtschaftliche Lage der Berufsangehörigen und verlangt von einem Reichsarbeitsministerium wesentliche Korrekturen überhaupt gegen die unberechtigten Aufstufen des Reichsverbandes der Bankleistungen. Alle Kollegen und Kolleginnen rufen die Konfession auf zur unverwundlichen Festhaltung und Stärkung der sozialen und organisatorischen Bestrebungen des Deutschen Bankbeamten-Vereins, dessen Leitung sie ihr volles Vertrauen ausspricht.“

Preistreibeinverordnung. Der Justizminister hat eine Verfügung gegen die Preisstreibeinerei erlassen, in der er den Staatsanwaltschaften empfiehlt, besonders gegen die nach der Stabilisierung der Mark begangenen notwirtschaftlichen Straftaten mit aller Strenge einzuschreiten. Bei Beantragung der Frage, ob Preiswucher vorliegt, sollen die Strafverfolgungsbehörden prüfen, ob für die Ware eine ordnungsmäßige Marktlage besteht und ob der Marktpreis eingehalten ist. Als Marktpreis gelten nach der Bestimmung des Justizministers die unter amtlicher Mitwirkung hergestellten Börsen- und Warenpreise. Wo sich für gewisse Artikel, wie Kartoffeln, Milch und Butter, sogenannte Notierungskommissionen eingerichtet haben, ist deren Notierung, der sogenannte Verhandlungspreis, unter bestimmter Voraussetzung durch die Behörden zu verwenden. Besteht für eine Ware eine Notmarktlage oder hat eine Ware ihrer Eigenart wegen keine Marktlage, so sind nach den Richtlinien der Bestimmung bei der Prüfung der Angemessenheit des Preises die individuellen Verhältnisse des Verkäufers zu Grunde zu legen. Weiterhin wendet sich die Verfügung gegen das nach vielfach beobachtete Bestreben einzelner Berufsklassen, Fabrikations- und Handelszweige in einer das Friedensmaß erreichenden oder übersteigenden Höhe zu bemessen, da es nicht anständig ist, bei geringerer Beschäftigung und Umkäuflichkeit die gleichen Unternehmensgewinne wie früher zu beanspruchen. Bei der Festsetzung, ob unangemessene hohe Zuschläge verlangt werden, verweist die Verfügung des Justizministers auf den Vergleich mit den vor dem Kriege üblichen Spannen auf den einzelnen Wertungsklassen. Im übrigen wendet sich die Verfügung nicht gegen den Leistungswucher und bestimmt u. a., daß die Vorschriften über Leistungswucher auch auf wissenschaftliche Leistungen der freien Berufe, z. B. Ärzte, Rechtsanwälte, Patentanwälte usw. Anwendung finden sollen. Der Justizminister rät, daß bisher im Falle der Bestrafung der Missetäter, die Geschäftskreise zu schließen, zu wenig Gebrauch gemacht worden ist und weist die Staatsanwaltschaften an, die empfindliche Nebenstrafe in allen Fällen zu beantragen, in denen sie nach der Schwere der Straftat am Platze ist.

Zur diesjährigen Konfirmation. Das Evangelisch-lutherische Landeskonfirmandenamt hat zugelassen, daß bei dem späten diesjährigen Ostertermin einzelne Konfirmanden, die bereits Anfang April in eine Kirche oder eine sonstige Stellung eingetreten sind, vorher konfirmiert werden, oder daß auch die allgemeine Konfirmation auf den 23. oder 30. März verlegt wird, falls die Gemeindevorstandere es beschließen, und nicht, wie vorgeschrieben ist, an dem als Konfirmationstag überlieferten Palmsonntag stattfinden.

Ev.-luth. Landesverband für die westliche Jugend in Sachsen. Der Verband veranstaltet vom 3. bis 6. Februar einen Lehrgang für reifere Vereinsmitglieder in Verbau. Unter dem Gedanken: Die Zukunft des jungen Mädchens sollen Beruf, Ehefragen und die Frage der freiwilligen, sozialen Mitarbeit d. sprachen werden. Anmelbungen bis zum 30. Januar an die Geschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandsstraße 19.

Dr. Mannsfeld Vorsitzender des Disziplinarkomites in Dresden. Das Gesamtministerium hat an Stelle des Präsidenten der Landespolizeiverwaltung, Dr. Thomas, der sein Amt niedergelegt hat, den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Mannsfeld in Dresden zum Vorsitzenden des Disziplinarkomites auf die Dauer von drei Jahren ernannt.

Eine verhinderte Leninfeier. Auch in Dresden versuchten die Kommunisten eine Leninfeier abzuhalten. Die von dem kommunistischen Abgeordneten Kerner für Sonntag angemeldete Feier wurde jedoch verboten. Trotzdem versuchten einige Kommunisten Eintritt in das Volkshaus, wo die Feier stattfinden sollte, zu erlangen. Als ihnen von der Polizei der Zutritt zu dem Lokal verweigert wurde, versammelten sie sich auf dem Schützenplatz, wo ein Redner zu sprechen versuchte. Die Polizei verhinderte jedoch die Demonstration und verstreute die wenigen Teilnehmer.

Gefährliche Spielerei. Aus Rönitzsch wird berichtet: Eine größere Eischolle, auf der mehrere Araber spielten, löste sich plötzlich vom Ufer und trieb der Strömung zu. Ein in der Nähe befindlicher Schiffseigner beobachtete den Vorgang und konnte die abgehende Scholle noch rechtzeitig mittels eines Stakens an Land ziehen und die Kinder retten.

Wiederzusammentritt der Landessynode. Die Evangelisch-lutherische Landessynode wird wahrscheinlich Ende Februar oder Ende März wieder zusammentreten, um sich mit der neuen Kirchenverfassung zu beschäftigen.

Bedeckungsanspruch für Sendungen nach dem besetzten Gebiet. Die französische Eisenbahngesellschaft steht auf dem Standpunkt, daß Lademittel im Verkehr mit den Regiesbahnen ungehindert ein- und ausgehen und Zollbehandlungen ebenso wenig wie im internationalen Verkehr unterworfen sein sollen. Damit entfällt der Anlaß für die fernere Nichtanwendung des Bedeckungsanspruches für leicht feuerfahnde Güter nach dem besetzten Ruhrgebiet und den übrigen besetzten Gebietsteilen. Deshalb gelten die für die Bedeckung im unbesetzten Gebiet bestehenden Bestimmungen nunmehr auch wieder für die Sendungen nach dem besetzten Gebiet.

Beginn der Dresdener Reichswehr-Wollwoche. Nicht geringes Aufsehen erregte am Montag vormittag die Auffahrt der 20 Wagen der Reichswehr, die zur Sammlung von warmen Kleidungsgütern und Schuhwerk für die Reichswehr-Wollwoche ausrückten. Bei schon die Auffahrt auf dem Theaterplatz ein für Dresden nicht alltägliches Bild, so war der Marsch durch die Hauptstraßen mit der langen Reihe der platforgeschilderten Wagen, die mit Schwärmen der Wehrarmee, der Innereen Mission und des Roten Kreuzes besetzt waren, etwas ganz Außerordentliches. Wohl jedem, der dem Zuge begegnete, ist das Geze aufzusehen über diesen

neuen Beweis abwechselnder Liebestätigkeit, der sich die Verbände und die Bevölkerung im Rahmen des „Eisernen Volksoffiziers“ ernst unterzogen. Vom Hauptbahnhof wandten sich die Wagen den ihnen ausgerichteten Bestellen zu und die Sammelartikellieferung begann. Trotz des aussetzten heftigen Schneestroms haben die Schwärme unermüdlich von Haus zu Haus gefahren, so daß das Ergebnis des ersten Tages recht erfreulich sein wird.

Blaswitz. Die goldene Hochzeit konnte am letzten Sonntag der hier wohnhafte Eisenbahnenfunktionär Heinrich Barthel mit seiner Ehefrau im Kreise von zahlreich erschienenen Verwandten feiern. Die kirchliche Ehesanktion wurde durch den Ortsgemeindevorstand Herrn Warrner Müller in der Wohnung vollzogen. Am nächsten Tag wurde der Jubelpaar auch aus dem weiten Bekanntenkreise mancherlei Beweise der Ehrung zuteil geworden.

Strehla. Ein junger Mensch kaufte sich dieser Tage zwei Paar Schuhe und bezahlte dieselben mit einer 1/2-Dollarnote, die er gefälscht und in eine 25-Dollarnote umgewandelt hatte. Den überschüssigen Betrag erhielt er anstandslos. Die Geldscheinbesitzer erkannten aber beim Kassenschluß die Fälschung und erstatteten Anzeige bei der Polizei. Der Täter wurde noch am selben Abend von einem hiesigen Polizeibeamten ermittelt und festgenommen; er ist, wie das „O. T.“ berichtet, ein Hilfsbeamter aus Groß-Miel.

Döbeln. Die Mitglieder des ehemaligen Stadtordentlichers haben die Neubildung eines Ordentlichers beschlossen. Sie bildeten eine Gruppe von 22 Mann unter Vorsitz des jungen Künstlerischen Kräfte, die sich wieder als Döbelner Stadtordentlichers bezeichnet.

Dresden. In der Stadtverordnetenversammlung, die nach der Wahl des 13. Januar aus 44 bürgerlichen und 31 Vertretern der Parteien besteht, wurde gestern die Einweisung der neuen Stadtverordneten durch den Oberbürgermeister Plüder vollzogen, der dabei einen längeren Rückblick über die Tätigkeit der Stadtverwaltung in den letzten beiden Jahren gab. Nach der Einführung erfolgte die Wahl der Stadtverordnetenvorsitzer. Direktor Fischer (Soz.) wurde durch 26 zum Stadtverordnetenvorsitzer gewählt. Ein vorberodener arbeiter Bohmann (Nul.) zum ersten Vorsitzenden und Stadtverordneter (Nul.) zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Die Gewählten nahmen die Wahl förmlich an.

Dresden. Unseren Zoologischen Garten hat ein schwerer Verlust betroffen. Das 18 Jahre alte indische Elefantenmännchen Baul, das seit 1911 im Garten gehalten wurde und durch seine drohenden Ausblicke die Besucher ergötzte und vor allem der Publikum der Natur war, ist am Sonntag vormittag verendet. Das Tier zeigte sich noch am Sonntag munter, war auch, wie gewöhnlich, bei gutem Appetit, wurde dann aber auf einmal unfähig, so daß man ihm Spiritus und Weider einflößen mußte. Trotz aller erdenklichen Mühe ging das kostbare Stück vor gestern früh ein. Ueber die Ursache dieses plötzlichen Todes ist die Direktion noch völlig im unklaren. Eine Sektion kann erst nach dem erfolgten Verkauf des Kadavers vorgenommen werden.

Kadeberg. Der Gemeindevorstand in Grünberg wurde in seinem Walde, als er dort mit seinem Sohne Holz fällte, von einem stürzenden Baume getroffen und so schwer verletzt, daß er wenige Stunden darauf verstarb.

Crimmitschau. Die Verhandlungen zwischen dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie (Sg Chemnitz) und dem Textilarbeiterverband, Gau Freistaat Sachsen bzw. dem Zentralverband der Feiner und Maschinen (Chemnitz) über Arbeitszeit und Lohnfragen zu seinem Ergebnis führten, ist am Freitag allen in der Textilindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen geteilt worden. Der Arbeiterverband verlangt im allgemeinen die 56 stündige Wochenarbeitszeit unter Beibehaltung der jetzigen Lohnsätze. Die Arbeitnehmer fordern 20 ige Lohnzuschlag.

Chemnitz. Der kommunistische Verband der angelernten Bauarbeiter ist von der Reichsregierung aufgelöst worden. Der Verband gehört der Roten Gewerkschaftsinternationale Moskau an. Die Durchführung der Aufhebungsanordnung erfolgte am Sonntag durch die hiesige Polizeiorgane. Der jetzt aufgegebene Verband ist derweil, der im Vorjahr durch das genialste Vorgehen seiner Mitglieder gegen mehrere hiesige Baumeister sich in aufreißender Weise bemerkbar machte.

Delitzsch. Der Antrag auf Erteilung des Stadtratsrechts ist vom Bezirksausschuß Stollberg genehmigt und beantwortet worden. Man rechnet deshalb mit der Errichtung einer Stadt, die gegen 30.000 Einwohner haben dürfte.

Hohenstein-Grnthal. In verschiedenen Nächten der letztvergangenen Tage wurden an der Straße von Bernsdorf nach Oberlungwitz 26 Leuchtgasdrähte durchgeschnitten. An einer anderen Stelle, unweit von Oberlungwitz, wurden zwei das Telegraphenangehörige stützende Streden vollständig durchgehrt, um auf diese Weise den Fernsprech- und Telegraphenverkehr zu stören. Kurz nach dieser Tat wurden in Hies Oberlungwitz erneut 12 und wiederum einige Nächte darauf an der Staatsstraße Hohenstein-Grnthal in zwei Fällen insgesamt 20 Leuchtgasdrähte durchgeschnitten, aber in keinem Falle Draht gestohlen. Es handelt sich hier offenbar um gemeine Vandalen. Durch vorgenannte Beschädigungen wurden im Fernsprech- und Telegraphenverkehr empfindliche Störungen hervorgerufen.

Wettin. Die hiesige Gemeindegemeinschaft hat ein großzügiges Wohnungsbauprogramm angenommen: 15 Bewerber um Gemeindegewohnung haben sich teil verpflichtet, sodas 2 Heizen geplant werden konnten. Der Preis der Häuser bewegt sich je nach der Größe zwischen 6000 und 12.000 Goldmark. Der Zins für die Bauten beträgt einschließlich Amortisation 3 bis 70 Mark monatlich, was bei maulen 40-50%, des Einkommens ausmacht.

Leipzig. Im Panorama am Kolplatz ist heute vormittag auf dem Jungensboden über dem Kabarett-Saal Feuer ausgebrochen, das erst nach etwa einer Stunde bemerkt worden war. Beim Unrücken der Feuerwehr war das ganze Gebäude fast verqualmt, sodas die Feuerwehr einen schweren Stand hatte. Gegen 1 Uhr war das Feuer erlosch. Durch die Gewalt des Feuers und durch die Wassermengen ist ziemlich Schaden entstanden. Die Untersuchungsurache des Brandes ist noch nicht aufgefahrt.

Berichtsjahr.

—g. **Landgericht.** In gebelner Sitzung verhandelte die fünfte Strafkammer gegen den 1885 in Miela geborenen, in Mielen wohnhaften Arbeiter Kurt Oskar Hoffmann wegen Vergehens nach § 176,8 des Reichsstrafgesetzbuchs. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme erkannte das Gericht auf Freisprechung.

—g. Die fünfte Strafkammer des Dresdener Landgerichts verurteilte den 21 Jahre alten Maschinenarbeiter Kurt Herbert Franke aus Kadeberg-Kadeberg wegen Missetatens zum neun Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte im November vorigen Jahres 40000 Mark der Reichsbahn über 100 Millionen Mark und solche der Reichsbank über 5 Millionen Mark durch Umändern über jeweils 100 bzw. 5 Millionen Mark verfälst, einen solchen 100 Millionen-Markchein in Kadeberg auch in Zahlung gegeben.

—g. Ein jugendlicher Schwerverbrecher. Wie aus Stellungsbereichen kurz erstattet war, fand man am 5. Januar in einem Kirchendachstuhl in Hies Altenburg

Sicherlich das Dienstmädchen Ella Wittig aus Altdenburg ermordet auf, nachdem an ihr ein schweres Notstandsverbrechen verübt worden ist. ...

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 29. Januar 1924.

Kabinettsitzung über die Hypothekenaufwertung. ...

Die endgültige Stimmenzahl der Saarwahlen. ...

Neue Ausschreibung in Bayern. ...

München. Der Vorstoß des Bundes "Blücher" ...

Der Dittler-Prozess. ...

Keine rheinisch-westfälische Goldnotenbank. ...

Der Goldbankplan der Sachverständigen. ...

Bank an der Warschauer Börse. ...

Warschau. Infolge der Einstellung des Notendrucks ...

Warschau. Die polnische Regierung wendet sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung ...

Das Haarwuchsproblem gelöst. ...

Das Haarwuchsproblem gelöst. ...

Das Haarwuchsproblem gelöst. ...

wird in der Bevölkerung den geschwundenen Glauben ...

Reinhold Nachfolger. ...

London. Der Eisenbahnerstreik ist beendet ...

London. Eine Postkarte, die Macdonald an Indien richtete ...

London. Der Sonderkorrespondent der "Times" ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

London. "Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung ...

Arbeiten sorgen besser für die Vancouva-Bauern als für die eigene Brut ...

Volkswirtschaftliches.

Neue Kabelverbindung mit dem Ausland. ...

Berliner Börse am Montag. ...

Das Schicksal der dänischen Krone. ...

Turnen, Sport und Spiel. ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Der Sportgedanke markiert! ...

Das Haarwuchsproblem gelöst. ...

Wirtschaftsberichte.
Landwirtschaftliche Warenmärkte zu Großhain. Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, den 26. Januar 1924:
Weizen 8,00; Roggen 7,00; Hafer 5,80—5,60; Mais 12; Mais-
schröt —; Arie 4,00—4,50; R. u. W.-Stroh 0,80—1,00; Hafers-
stroh 0,80—1,00; Gerst 2,50; Kartoffeln 3,00; Weizenmehl 70%, 15,50;
Roggenmehl 70%, 12,75. Die Preise verstehen sich für den Zentner
in Mengen unter 5000 Kilogramm.
Trebbener Schlachtmarkt vom 28. Januar. Auftrieb:
1. Rinder: 128 Ochsen, 173 Bullen, 141 Kalben und Kühe, 2. 330
Kälber; 3. 296 Schafe; 4. 1218 Schweine. Zusammen 2226 Tiere,
davon 84 Rinder und 88 Schweine ausländischer Herkunft. Außerdem
zur sofortigen Schlachtung, also nicht auf den Markt gestellt:
35 Rinder (davon 27 argentinische) und 70 Schweine (davon
45 holländische). Preise in Goldmark für 50 Kilogramm Lebend-
und (im Durchschnitt) Schlachtgewicht: **Ochsen:** 1. vollfleischige,
ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 38 bis 40
(60), 2. junge fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete
30 bis 32 (51), 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere
20 bis 22 (29), 4. gering genährte jeden Alters —, 5. argentinische
50 bis 52 (79). **Bullen:** 1. vollfleischige ausgewachsene höchsten
Schlachtwertes 34 bis 38 (62), 2. vollfleischige jüngere 30 bis 32
(58), 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 26 bis 28
(52), 4. gering genährte 20 bis 24 (49). **Kalben und Kühe:**
1. vollfleischige, ausgewästete Kalben höchsten Schlachtwertes 36
bis 40 (60), 2. vollfleischige, ausgewästete Kühe höchsten Schlachtwertes
bis zu 7 Jahren 30 bis 34 (62), 3. ältere ausgewästete
Rühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 24 bis 28 (56),
4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 20 bis 22 (50),
5. mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben
12 bis 16 (41). **Kälber:** 1. Doppelländer —, 2. beste Mast-
und Saugkälber 38 bis 42 (97), 3. mittlere Mast- und gute
Saugkälber 30 bis 36 (88), 4. geringe Kälber 38 bis 46 (76),
5. beste Mast- und Saugkälber 38 bis 46 (76),
Schafe: 1. Mastlämmer und jüngere Mastlammel 52 bis 54 (106),

2. ältere Mastlammel 44 bis 46 (102), 3. mäßig genährte Hammel
und Schafe (Mastschafe) 28 bis 32 (70), 4. Schweine: 1. voll-
fleischige der kleineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis
1 1/2 Jahre 60 bis 62 (71), 2. Fleischschweine 62 bis 64 (79), 3. fleischige
54 bis 58 (75), 4. gering entwässerte 50 bis 52 (68), 5. Sauen
und Ober bis 60 (74). Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise
sind Marktpreise für nächstes Gewicht der Tiere und schließen
familiäre Spesen des Handels ab. Etwa, Frachten, Markt- und
Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust
ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. Ueberhand:
30 Ochsen, davon 23 argentinische, 43 Bullen, 10 Kälber, 49 Schweine.
Tendenz des Marktes: Geschäftsgang in Rindern schlecht, in Kälbern,
Schafen und Schweinen mittel. — Landwirte haben nach den
Richtlinien der Landespreisprüfungsstelle für Rinder 20, für
Kälber und Schafe je 18 und für Schweine 16%, weniger zu
fordern als die beim Kaufabschluss vorhergehende Notiz beträgt.
Künftig festgesetzte Preise an der Produzententriebe zu Berlin
am 28. Januar. Getreide und Cerealien pro 1000 kg, sonst pro
100 kg. (In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.)
Weizen märkischer 155—161. Roggen, märkischer 135—131.
Gerste, Braugerste 154—162. Hafer, märkischer 101—107,
pommerischer 93—101. Mais loco Berlin Waggon frei Hamburg
167—168. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto incl. Sad
(jeinhe Marken über Notiz) 22,75—22. Roggenmehl pro 100 kg
frei Berlin brutto incl. Sad 20,75—22. Weizenkleie frei Berlin
7,40—7,60. Roggenkleie frei Berlin 6,50—6,80. Weizen-
Trottel 4,25. Futtererbsen 33—34, kleine Erbsen 33—34. Acker-
bohnen 12—14. Wicken 16—18,50. Lupinen, blaue 13—14, gelbe
15—17. Erbsen 14,50—16,00. Kaputtbohnen 10,50—11,00.
Leintuchen 22—23. Trockenrüben 7,50—7,80. Gollwertige
Suderhühner 17,50—18. Kartoffeln 16,30—16,00.
Heutiger Dollarkurs (amtl.): 421050000000

Wirtschaftsberichte für den 29. Januar 1924.
C.M. Geogr.

1 Goldmark (Berliner Briefkurs)	1 002 500 000 000	Bapiermark
1 Goldpfennig	10 025 000 000	Bapiermark
Goldmarkauspreis	640	Teil p. kg
Goldmarkauspreis (1. Markt-Stück)	10 267 500 000 000	Mark
Goldmarkauspreis (2. Markt-Stück)	400 000 000 000	
Goldmarkauspreis (3. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (4. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (5. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (6. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (7. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (8. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (9. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (10. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (11. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (12. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (13. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (14. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (15. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (16. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (17. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (18. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (19. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	
Goldmarkauspreis (20. Markt-Stück)	1 000 000 000 000	

Bereinsnachrichten
Sängerchor „Vogel“, Mittwoch 7 1/2 Uhr alle Kinder der Märchen-Aufführung bei Söpler.
Sängerchor „Vogel“, Mittwoch, 30. Jan., nachm. 7 1/2 Uhr Verkaufsführung beim Kollegen Hermann Vogel, Barfischbühlchen.
Sängerchor „Vogel“, Donnerstag, 5. Februar 1924, nachm. 8 Uhr Hauptversammlung, Café Möbius.
R. Richters
Extra-Separat-Tanzkursus
beginnt Oftern 1924 im Hotel Wettiner Hof. Weitere Anmeldungen werden noch in meiner Wohnung, Albertplatz 8, entgegen genommen.

Rest „Stadt Hamburg“
Freitag, den 1. Febr. und folgende Tage
Bockbier-Ausschank
Stoff hochfein. R. Vorkürschlein.
Es laden freundlich ein **Paul Uhlig u. Frau.**
Bezirks-Konsum- und Sparverein „Volkswohl“ e.G.m.b.H. in Riesa
Unsere werten Mitglieder bringen wie unsere
Manufakturwaren-Abteilungen
in Riesa und Großhain in empfehlende Erinnerung.
Wir bieten unseren Mitgliedern gute Qualitäten bei billiger Preisberechnung.
Extra-Angebot!
Um unsere Filialwarenbestände zu räumen, haben wir die Preise ganz bedeutend herabgesetzt.
Sehen Sie bitte unsere Schaufenster!

Auktion.
Freitag, den 1. Februar, vorm. 9 Uhr werden im Möblischen Gute, Neuburgdorf für meinen Betrieb überflüssige gebrauchte Ackergeräte, sowie Schrotmühle, Drilmaschine, Landauer, Separator, Wuterkocher usw. öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.
Landgut Burzdorf.

Versteigerung.
Infolge Aufgabe meiner Frühbeetanlage kommen **Sonntag, den 3. Februar, 1 Uhr nachm.** in meinem Grundstücke 250 Stück sehr guterhaltene Frühbeetfenster, 1x1,50, vier Jahre im Gebrauch, zur öffentlichen Versteigerung.
R. Gaisch, Döitz.
Post- und Bahnstation Stauchitz.
Telefon 62.

Nur für Wiederverkäufer
offizieren wir jetzt zu außergewöhnlich billigen Preisen **Unon, Nessel, Stangenmaschinen, Tamara, Sandrücker, Finett, Bettzeug, Inlett, Betttücher, Gendebarchent, Wapp, Dackel, Kleiderhülle, Damenhemden, Damenhemden, blaue Röckchen und Anzüge, Doppeldeckenschürzen, Wasserkränzen, Normalwäsche etc.** Lagerbestand stets lobnend. Muster werden nicht verhandelt.
Barnstein & Co., Webwaren-Großhandl.
Treppen, Frauenstraße 12. Tel. 19160.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Tragödie der Liebe!
Ab Freitag!

Achtung! Die ausfortierten Achtung!
Restposten an Schuhwaren
werden bis 31. 1. 1924 zu folgenden Preisen verkauft:
Damenstiefel großer Posten 36/38, passend für Konfirmation **12,-**
Damenstiefel mittlere Größe **9,50**
Damenstiefel kleinerer Größe mit hohem Absatz **7,50**
Damenstiefel großer Posten **11,-**
Damenstiefel **10,-**
Kinderstiefel **1,50**
Ramelhaartragenstiefel **3,50**
Turnschuhe großer Posten **1,50**
Verkaufen Sie nicht die günstige Gelegenheit.
Riesa a. E. Schuhhaus „Fortuna“ Gröba
Hauptstr. 39a. **Ing. Kurt Rohberg.** Georaplatz 9

Die Beleidigung
gegen Frau Dora Wogel, Elisabeth Wiese, Hedwig Müller in Wuppig nehme ich rüchlos zurück.
Marie Berchel, Klinge, Pöppel.
Möbl. Zimmer für Herrn frei Goethestr. 40, 1.
Möbl. Zimmer
wenn mögl. Wohn- und Schlafzimmer, 1. sof. bef. Off. u. D 829 an Tabl. Riesa.

Schreibmaschinen
fabrikneu, erstkl. bewährte Systeme, für Büro, Reise und Privatgebrauch, mit sämtl. neuesten Einrichtungen, mit Garantie liefere ich, um einem jeden die Anschaffung möglich zu machen, auch gegen äußerst bequeme wöchentliche **Ratenzahlungen!**
Verlangen Sie daher noch heute ausführlich, für Sie unverbindl. Angebot durch die Büromaschinen-Handlung
Anton Rückwald
DRESDEN-N. 6, ALBERTSTR. 33.
Tüchtige Vertreter gesucht!

Möbl. Zimmer
(Nähe des Bahnhofs) von älterem Herrn gesucht. Offerten erb. unter P 881 an das Tagel. Riesa.
Stube u. Kammer
gegen größere Wohnung zu tauschen gesucht. Zu erst. im Tagel. Riesa.
Für sofortigen Wohnungsstatus
Partner nach Leipzig
gesucht. Mod. Wohnungen m. allem Zubehör stehen zur Wahl. Angebote erb. unt. Z 825 an das Tabl. Riesa.

Angebot und Nachfrage
in geschäftlichen und persönlichen Bedarfsfragen vermittelt auf schnellstem Wege eine Anzeige im Riesaer Tagel. Riesaer. Angebotsannahme Goethestr. 39 täglich von früh 8 Uhr bis 6 Uhr abends.
Geübte Hälterinnen
erhalten lohnende Heimarbeit bei **Dr. Ernst Riese, Cöben.** Ausweis erbeten.

Knox und Frau
geben die Geburt ihres Töchterchens **Gerda**
bekannt.
Wurzen, Körnerstraße 1, den 28. Januar 1924.
Für die vielen wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme während der Krankheit und beim Heimgehen meines lieben Bruders sage allen nur hierdurch **herzlichsten Dank.**
Riesa, 29. 1. 24. **Elsa Winter.**

Wohl
Esprit 36 Leipzig Telefon 11516.
Angehört immer erwünscht!

Witwe
40 Jahre, mit 10jähriger Wittwe, sucht gleichzeitige Herrenbekleidung, zwecks späterer Arbeit.
Angebote erbeten unter C 828 an das Tabl. Riesa.
Als Aufwartung ältere Frau tal. 2 Std. f. 1. Febr. abf. Borauk, am 12 u. 2 bei Dr. Pöhl, Holtenpl. 11, 3.
20 jähr. Mädchen
sucht Stelle, in nicht zu sein. Ausbalt in Riesa. Off. u. E 830 an Tabl. Riesa.
Für m. Ausschl. Mädchen suche ich a. 1. 2. Stellung. Selbige ist fleißig u. ehrlich. Preis, Wettinerstr. 25. Tauscht 1 Kinderwagen, gut erhalten, zu verkaufen.
Geübte Hälterin empf. sich. Zu erst. im Tagel. Riesa.
Sehrfräulein
nicht unt. 16 Jahren, zum sofortigen Eintritt gesucht. Jüngere Verkäuferin nur aus der Branche, zum sofortigen Eintritt, eventl. 1. April, gesucht.
Modehaus Max Vertel.

Biliges Brennholz
Schwarten 8 W. da Rollen u. Scheite 10 W
Hans Ludewig, Gröba
1 Deckbett
1 Kommode
zu verkaufen.
Ein- u. Verkaufsgeschäft **Karl Hofmann, Gröba,** Tammenweg 4. Tel. 670.
H. Herren-Schuh, Gr. 46, billig zu verkaufen.
Teuber, Goethestr. 53, 1.

Holzpanzermela.
Die Preise hierfür sind bedeutend herabgesetzt.
Seifengeschäft
F. W. Thomas & Sohn
Riesa, Hauptstr. 69. Tel. 212.

Strickgarne
für Wiederverkäufer äußerst preiswert!
Pohl
Esprit 36 Leipzig Telefon 11516.
Herren-Filzhüte
werden tabellos umgewandelt, gereinigt und gefärbt nur bei
Pflug & Kaiser
21 Wettinerstraße 21
Hintergebäude 21

Lederfett
Gammelfett, gelb, schw. Fischtran, Lederlack Rüböl für Nachhitzer zu haben im Seifengeschäft
F. W. Thomas & Sohn
Riesa, Hauptstr. 69. Tel. 212.

Einige junge
Truthähne
verkauft
Otto Kaul, Riederan.
Pa. Karpen und Schiele
empfehlen Stadt Riesa.

Täglich frisches Leinöl
zum Braten und Baden, sowie feinste Tafelbutter, 1/2 Pf. - Stück 90 Bfg., empf.
Friedrich Koch
Hauptstr. 19.

Erstes Kulmbacher
Fernruf Hiesp. 49.
Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.

Wiederaufbau-Panama in Frankreich.

Paris. In Paris durchlebt man gegenwärtig düstere Tage, wie man sie dort noch vor kurzer Zeit am wenigsten für möglich gehalten hat. Der plötzliche Sturz des Frankreich, der Ausfall der englischen Wahlen, das italienisch-jugoslawische Abkommen, die Blamage in der Pfalz und die Enthüllungen der „Humanität“ über die Korruption der französischen Presse sind so einige der Kräfte, die man am Quai d'Orsay zu machen hat. Zu allem kommt nun noch die Aufdeckung eines unerhörten Skandals bei der Verwendung der französischen Wiederaufbaumlilliarden. Er ist bei den Arbeiten einer parlamentarischen Untersuchungskommission, die sich mit den Fällungen der Schadenersatzforderungen einzelner Personen und Firmen in den zerstörten Gebieten beschäftigt, zu Tage getreten. Die Kommission hat festgestellt, daß Schadenersatzforderungen, die im Jahre 1917 eingereicht wurden, in vielen Fällen bis auf das Hundertfache erhöht worden sind. Dieser unbeschreibliche Betrug ist eine der Ursachen für die Herrschaft der französischen Staatsfinanzen und die Entwertung des Franken.

Eine der Hauptpropanandastücke des Herrn Potemkin, mit dem er das Mißgefühl der Welt für die finanzielle Notlage Frankreichs hervorruft und Deutschland zugleich als böswilligen Schuldner brandmarken will, sind jene 100 Milliarden Franken, die Frankreich seinen eigenen Bürgern für die Wiederherstellung der Kriegsschäden vorgeschossen hat.

Was zunächst den angeblich mangelnden Wiederherstellungswillen Deutschlands anbetrifft, so sei nur an folgende Tatsache erinnert: Frankreich lebte im Jahre 1919 die von Deutschland angebotenen 100 Goldmarkmilliarden für den Wiederaufbau ab. Es lehnte gleichfalls die wiederholten Angebote der deutschen Gewerkschaften ab, durch deutsche Arbeiter die größten Teile der Kriegsgebiete wieder aufzubauen. Deutschland hat 40000 Holzhäuser, nicht einmal ein Duzend nahen Frankreich an.

Nun ist gewiss richtig, daß Frankreich selbst bereits erhebliche Summen für Wiederaufbauarbeiten aufgenommen hat. Bis zum 31. Dezember 1923 belief sich diese Summe nach amtlichen französischen Meldungen auf 97,740 Milliarden Franken. Mit dieser Summe hätte gewiß die größte Zahl von Geschädigten vollausgebeendet werden können und man müßte annehmen, daß anstelle der traurigen Ruinen, die den misleidigen Fremden immer noch gezeigt werden, längst ein Wiederaufbau-Paradies entstanden wäre. Aber die Wiederaufbaumlilliarden sind nur zum geringsten Teil ihrem eigentlichen Zweck zugeführt worden. Der größte Teil des Geldes floß in die Hände der Spekulanzen, die den wirklich Geschädigten ihre Forderungen abkauften und dann mit den von ihnen erworbenen Forderungen der französischen Regierung gegenüber einen ungeheuren Wucher trieben. Die französische Regierung überließ sich war unso leichtsinziger und freigebiger, als sie unter der Suggestion des Schlagwortes „Le boche payera tout“ stand, und hauptsächlich deshalb, weil die maßgebenden französischen Regierungskreise selbst sich an dem skandalösen Wiederaufbauschiff bereicherten. Die Überwertigung der Massen der französischen Kriegsoffer hat schon mehrfach zu lebhaften Debatten in der französischen Kammer geführt, bei denen sich insbesondere der Abgeordnete Inghels hervortrat. Dieser Anwalt der ausgeplünderten Wähler des Nordens hat in der französischen Zeitung „Le Populaire“ im August und September 1923 in einer Artikelserie das neue Panama in den Ruinen Frankreichs gebauert.

Inghels wies an der Hand eines umfangreichen Tatsachenmaterials die widerlichen Ausplünderungsmethoden nach, durch die sich einige Führer des französischen Wirtschaftslebens, insbesondere französische Großindustrielle, an den bestbesetzten Öfen des Krieges in Frankreich schadlos bereicherten. Es gibt in Frankreich zwei Kategorien von Geschädigten, die Reichen und die Armen. Den einen ist alles erlaubt. Man hat ihnen gestattet, die erlittenen Verluste zu übersteuern, man hat ihnen große Vorteile verschafft, jede Kontrolle ihrer Verschuldungsansprüche vermieden, man hat ohne hinsehen gezahlt, sodas die Reduzierung der inoffiziellen Geschädigten sich außerordentlich bereichern konnte. Die Ansprüche der anderen aber hat man so beschulten, daß der kleine Geschädigte, ausgepreßt wie eine Zitrone, von seinem Eigentum entblößt ist.

Der „Verband der Geschädigten“, das „Zentralankaufbüro“ der „Credit Rationale“ und die „Industrielle Kreditvereinigung“ sind Gruppen, die von immer den gleichen Personen geführt werden und die die staatlichen Kredite in stets dieselben Familienkreise leiten. Die Aufstellung der Verschuldungsansprüche, der Finsenzins des industriellen Wiederaufbauanteils, die Vierung des Materials, die Bezahlung der Verschuldungen, die Ausgabe von Anleihen, alles das wird von einem kleinen Konjunktium geregelt, das die Staatsfinanzen Frankreichs zum Vorteil der industriellen Plutokratie ruinert hat.

Die Folgen dieser Finanzwirtschaft spürt jetzt das französische Volk an dem Sturz des Franken infolge der Unordnung des französischen Budgets. Die französische Regierung hat sich zu energischen Maßnahmen veranlaßt gesehen. Daß sie aber neben den kleinen Wiederaufbauleben auch die großen hängen wird, ist sehr fraglich, denn nach den Feststellungen des Abgeordneten Inghels redet die französische Regierung selber zu tief im Wiederaufbauschiff, als daß die restlose Aufdeckung des Wiederaufbau-Panamas nicht auch zu einem Panama für die französische Regierung werden müßte.

Die französische Kammer zu den Finanzgelegenheiten.

Paris. Die Kammer ist gestern nachmittag in die Einzelberatung der Finanzgesetze eingetreten. Nach der Geschäftsordnung mußte sie sich vorher mit drei Vertragsanträgen beschäftigen, von denen zwei von den Kommunisten, einer von den Sozialisten eingebracht wurden. Darauf mußte sich die Kammer über das Ermächtigungsgesetz aussprechen. Erst dann kann sie die Einzelberatung der verschiedenen von der Regierung vorgesehene Maßnahmen beginnen. Der Vertragsantrag des kommunistischen Abgeordneten, der darauf ausgeht, die vorliegenden Gesetze erst zu beraten, wenn dem Parlamente und dem Lande die Finanzbilanz bekannt gegeben sei, wird nach ihrer Begründung auf Antrag des Ministerpräsidenten durch Handaufheben gegen die Kommunisten und Sozialisten abgelehnt. — Darauf begründete der Abgeordnete Caquin seinen Antrag, die Gesetze erst zu beraten, wenn eine regelmäßige Kontrolle über die Ausgaben und die Einnahmen erfolgt ist. Caquin erklärte, die Regierung habe nichts unternommen, die Kriegsgewinnsteuer einzusetzen, und erinnerte an die Skandale, die in den besetzten Gebieten aufgedeckt wurden. Daraus ergab sich, daß ungeheure und nicht zu revidierende Summen für Kriegsschäden bezahlt wurden. Caquin kritisierte dann die allgemeine Politik der Regierung, die das Mißtrauen der ganzen Welt gegen Frankreich hervorgerufen habe. Die Maßregelung sei ein verhängnisvolles Ereignis gewesen. Er verlangte die Räumung des Abgeordnetensitzes. — Ein Ab-

von der Rechten ruft: Das würde den Deutschen ein Vergnügen bereiten! — Caquin sagte: Nein! Das würde den Deutschen kein Vergnügen bereiten, denn es gibt deutsche Kapitalisten, die erfreut darüber sind, daß sie Truppen zur Verfügung haben, um die Arbeiterklasse zu knechten. Nach seiner Ansicht werden die neuen Steuern nur eine Verschärfung der materiellen Lage der Arbeiterklasse zur Folge haben. Der Mittelstand sei in Deutschland verschwunden, bald werde er auch in Frankreich verschwinden. Der Redner spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die russische Revolution trotz aller Hindernisse, welche die Kapitalisten ihr in den Weg geleitet hätten, siegreich sei. Die Sowjetregierung werde nach und nach von der ganzen Welt anerkannt. Frankreich werde wohl oder übel ebenfalls eines Tages dazu kommen, hervor in Frankreich selbst die Arbeiter- und Bauernregierung errichtet sei. — Der Vertragsantrag Caquin wird durch Handaufheben mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Sachverständigenberatungen in Berlin.

Konkurrenz heute abend.

Nach den aus Paris vorliegenden Meldungen hat der erste Ausschuh unter General Dawes gestern abend die französische Hauptstadt verlassen und wird heute abend in Berlin eintreffen. Die zweite Sachverständigenkommission, die heute abend von Paris abfährt, wird morgen in Berlin erwartet. Die Ausschüsse werden aus je vierzehn Personen bestehen. Ein offizieller Empfang durch die Reichsregierung wird bei der Ankunft der Sachverständigen nicht stattfinden. Auf dem Bahnhof werden sich lediglich die deutschen Persönlichkeiten einfänden, die den Sachverständigen aus Paris bekannt sind. Auch der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer, wird am Bahnhof anwesend sein.

Paris. Der erste Sachverständigenausschuh hat gestern vormittag vor seiner Abreise nach Berlin seine letzte Sitzung abgehalten. Wie Davos nach, fand eine allgemeine Diskussion über das Programm, die in Berlin durchzuführenden Untersuchungen statt. Der Ausschuh beschäftigte sich namentlich mit Bankfragen.

Die Rentenbank über die Belastung der Landwirtschaft und Industrie.

Die Deutsche Rentenbank tritt mit: Nach § 2 der Rentenbankverordnung sind das Kapital und die Grundrücklage der Rentenbank zu gleichen Teilen von der Landwirtschaft auf der einen Seite, von Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich der Banken auf der anderen Seite aufzubringen. Die Landwirtschaft ist nach den Vorschriften der Verordnung mit 4 Prozent des Grundstückswertes belastet. Die Last ist mit 6 Prozent zu vermindern. In Höhe desselben Goldmarkbetrages, wie ihn die Landwirtschaft insgesamt als Sicherheit stellt, sind Industrie, Handel, Gewerbe und Banken heranzuziehen. Die Verteilung dieses Betrages hat nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen eine Prozentbelastung der industriellen Betriebsvermögen ergeben, die nicht niedriger ist als die prozentige Grundstücksbelastung bei den landwirtschaftlichen Grundvermögen. Ueber die Errechnung der Industriemasse und ihre Verteilung auf die einzelnen Unternehmensgruppen besteht Einverständnis zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Verwaltungsrat der Rentenbank. Die Finanzämter sind entsprechend angewiesen und bereits damit beauftragt, nach Maßgabe dieser Berechnungen die Schuldverschreibungen für die Rentenbank ausfertigen zu lassen. Im übrigen sind die Arbeiten der Finanzämter bereits so weit vorangeschritten, daß mit ihrem Abschluß, auch soweit die Belastung der Landwirtschaft in Betracht kommt, Ende Februar dieses Jahres etwa aerechnet werden kann. Dieser frühe Zeitpunkt ist gewünscht worden, damit der vankliche Einbezug zum 1. April d. J. für die Rentenbank sichergestellt wird.

Raffenausweisung reichsdeutscher Familien aus Polen.

Nach Meldungen polener Blätter hat das polnische Ministerium des Innern die Ausweisung von je 150 reichsdeutschen Familien aus den Wojewodschaften Posen und Pommerellen als Repressalie für die angebliche Ausweisung polnischer Wanderarbeiter aus Mecklenburg sowie die Ausweisung 14 weiterer reichsdeutscher Familien als Repressalie für die Ausweisung von polnischen Staatsangehörigen aus Bayern angedroht. Diese Nachricht muß auf äußerste Befremden. Die Ausweisungsbefehle, die Bayern gegen polnische Staatsangehörige verhängt hatte, sind bis jetzt überhaupt nicht durchgeföhrt; nur in 14 Fällen sind die Betroffenen, ohne das Ersehen der dem polnischen Generalkonsul in München anbotenen Verhandlungen mit der dortigen Polizeidirektion abzuwarten, aus eigenem Entschlus abgereist. In Mecklenburg sind Ausweisungen im eigentlichen Sinne des Wortes nicht verfügt worden; vielmehr ist der Rückkehrerweg für ausländische Wanderarbeiter in einer abgemilderten Form durchgeföhrt worden, wovon etwa 1500 polnische Wanderarbeiter betroffen sind. In der Mehrzahl der Fälle ist aber die Rückwanderung zweifellos freiwillig erfolgt. Vor allem schwebt jedoch in beiden Fragen Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau, die gerade in diesen Tagen in einer Verständigung zu führen scheinen. Es muß daher zunächst abgewartet werden, ob die polener Meldungen sich bestätigen.

Entschlieungen der Demokratischen Partei.

Berlin. In der Sitzung des demokratischen Parteiausschusses wurde der am Sonntagabend zum ersten Vorsitzenden der Reichstagsaktion gewählte Abgeordnete Koch auch zum Vorsitzenden des Parteiausschusses gewählt. Zu den Wirtschaftfragen nahm der Parteiausschuh eine Entscheidung an, die u. a. eine Befreiung der Wirtschaft von den Fesseln der Krieges- und Nachkriegszeit wünscht, aber erklärt, daß die Wirtschaftsfreiheit nicht mißbraucht werden dürfe durch Gruppen, Kartelle, Trusts oder Syndikate. Nur durch Stärkung der Arbeitsintensität und Steigerung der Konsumkraft könnten in Verbindung mit einer vernünftigen Frachtpolitik die Grundlagen für einen Preisabbau geschaffen werden. Die Stabilität müsse mit allen Mitteln gesichert werden. — In einer anderen Entscheidung wird die notwendige Politik der Regierung gebilligt. — Eine dritte Entscheidung erblät in der Haltung der bayerischen Regierung eine schwere Gefahr für die Reichseinheit. Die Verfassungsfragen des deutschen Volkes müssen im vollen Lichte der Öffentlichkeit und nicht im Dunkel diplomatischer Verhandlungen gelöst werden.

Macdonald

wünscht eine europäische Konferenz.

London. Evening News will wissen, daß Macdonald in nicht allzu langer Zeit eine europäische Konferenz vorschlagen werde, die die großen Probleme der Regelung der europäischen Fragen einschließlich der Frage der deutschen Reparationen, der internationalen Schulden, der Handelsbeziehungen und der Errichtung des Völkerbundes auf breiterer Grundlage zum Ziele haben werde.

Tagesgeschichte.

Erklärung und Nachherbeugung von Ausfuhrbeschlüssen. Durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers der Finanzen, die in den nächsten Tagen im Reichsanzeiger veröffentlicht werden wird, wird bestimmt, daß Ausfuhrbeschlüsse unter 50 Goldmark für eine Ausfuhrbewilligung weder nachgehoben noch erhaltet werden. Ausfuhrbeschlüsse von 50 Goldmark und darüber für eine Ausfuhrbewilligung werden nur erhaltet, wenn der Antrag spätestens am 15. Februar 1924 bei der Stelle, welche die Ausfuhrbewilligung erteilt hat, oder bei dem Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung eingegangen ist.

Die Streikbewegung im Buppertal dauert unverändert an. Die Metall- und Textilarbeiter, die Fuhrleute, Kraftwagenfahrer und Buchbinder haben nirgends die Arbeit wieder aufgenommen. Die Urabstimmung der Textilarbeiter über die Abmachungen, die bei den Verhandlungen mit den Arbeitgeber über den Schiedsfortschritt getroffen wurden, ist auf heute nachmittag verschoben worden. Inzwischen hat sich die Lage infolge etwas verändert, als nunmehr auch die Gefahr besteht, daß sich das Personal der Harmer städtischen Straßenbahn und der Bergbahn sowie die Arbeiter des städtischen Gas- und Wasserwerkes der Ausfuhrbewilligung anschließen. Hierüber dürfte morgen die Entscheidung fallen. Kardinal v. Faulhaber läßt in der Presse eine Erklärung veröffentlichen, in der erneut die Behauptung widerlegt wird, daß der Kardinal in der Putschnacht den Generalkonsul v. Rahr umzustimmen verucht oder auf eine Vertrennung Bayerns vom Reich durch Errichtung eines süd-deutschen Staates hingearbeitet hätte. Ferner wird die Behauptung, der Papst habe mit solchen Plänen je in Verbindung gestanden, als reine Erfindung gekennzeichnet.

Die Christlich-Soziale Partei Bayerns fordert ihre Mitglieder auf, sich an der Abstimmung für das von der Bayerischen Volkspartei befürwortete Volksbegehren nicht zu beteiligen.

Ueberfälle auf Polizeibeamte. In den beiden letzten Tagen wurden in Düsseldorf wiederum zwei Ueberfälle auf Polizeibeamte verübt. Auf einen Polizeiposten wurden aus einem vorüberfahrenden Auto drei Schüsse abgegeben. Der Posten ist nicht verletzt worden. Wegen des Nebels konnte das Auto unerkannt entkommen. An einer anderen Stelle wurde ein Polizeibeamter von etwa 6 bis 8 Mann überfallen, die ihn zu entwaffnen versuchten, was aber nicht gelang. Der Beamte trug eine erhebliche Schnittwunde an der Hand davon.

Im Vudenderkreisel in Saarbrücken hat der Schlichtungsausschuh einen Schiedspruch gefällt, nach dem die Arbeit am 29. Januar wieder aufgenommen und an dem gleichen Tage Verhandlungen über die strittigen Fragen stattfinden sollten. Dieser Schiedspruch wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Der Streik geht somit weiter. Es handelt sich in erster Linie um den Grundloß des Achtstunden-tages.

Auch die polnische Notenspresse wird mißgelegt. In einem Aufsatz des polnischen Ministerpräsidenten wird betont, daß vom 1. Februar ab die Notenspresse mißgelegt werde und daß der Staat von der neu zu schaffenden Emissionbank für seine Bedürfnisse keine Kredite in Anspruch nehmen werde.

Ausfuhrverbot von Kohle in Frankreich. Die Ausfuhr und Wiederausfuhr von Kohle, Braunkohle und Koks aus Frankreich ist durch eine Regierungsverordnung verboten worden. Die Verordnung gestattet nur Ausnahmen in Einzelfällen, die jedesmal der ausdrücklichen Erlaubnis des Finanzministeriums bedürfen.

Gegen ungerechtfertigte polnische Liquidationsmaßnahmen. Die polnische Regierung hat in zahlreichen Fällen die Liquidation angeordnet, obgleich der Eigentümer nach deutscher Auffassung auf Grund der Bestimmungen des Vertrages von Versailles oder des sogenannten Kinderarbeitensvertrages die polnische Staatsangehörigkeit erworben hat. Die auf solche Weise liquidierten haben sich gegenüber dieser Entscheidung des polnischen Liquidationskomitees an den Schiedsgerichtshof gewandt und unter Berufung auf Artikel 305 des Vertrages von Versailles auf Unzulässigkeitserklärung der Liquidation, gegebenenfalls auf Schadenersatz geklagt. Der Schiedsgerichtshof hat nunmehr in seiner Entscheidung vom 21. Dezember 1923 eine Zustimmung für diese Prozesse bejaht und damit anerkannt, daß auch solche Personen, die die polnische Staatsangehörigkeit für sich in Anspruch nehmen, das Recht haben, den Schiedsgerichtshof gegen den polnischen Staat wegen ungerechtfertigter Liquidationsmaßnahmen anzurufen.

Lichesicherung Deutsch-Böhmens.

Prag. Aus „Prager Tagblatt“ beachtet, daß das Bodennetz im nächsten Jahre 15 bis 20 000 Oester landwirtschaftlichen Boden in Deutschböhmen zu parcelieren und dort tschechische Arbeiter anzusiedeln. Die deutsche nationale Partei hat in dieser Angelegenheit eine Interpellation an den Minister des Innern gerichtet.

Das Krieggericht in Landau.

verhandelte gegen 12 meist in jüngerem Alter lebende aus Epener Kammernde Personen, die an dem sogenannten militärischen Geheimbunde teilgenommen haben sollen. Das Gericht fällt über die Angeklagten Strafen von zwei bis drei Jahren Gefängnis und bis 1000 Goldmark Geldstrafe. Dr. Graf aus Ludwigshafen und Dr. Wärmann aus Epener wurden in Abwesenheit zu je zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Die Separatisten bedrohen Elbe.

München. Nach Blättermeldungen aus Ludwigshafen hat ein Separatistenschwarze gegen den englischen Generalkonsul Elbe die Drohung ausgesprochen, wenn dieser wieder nach München komme, werde er um die Kehre gebracht werden, weil das, was er den Separatisten in der Pfalz angetan habe, nicht ungehört bleiben dürfe.

Speyer. Die Separatisten haben die gesamten Wählervereine der „Pfälzer Zeitung“ beschlagnahmt. Die Beschlagnahme wird mit der Nichtbeachtung einer dem Blatte von den Separatisten auferlegten Geldstrafe begründet.

Die Saar-Landsratswahlen.

Die Landsratswahlen im Saargebiet weisen nach den bisherigen Zählungen folgendes Ergebnis auf: Zentrum 98 662, Sozialdemokraten 44 536, deutsch-saarländische Volkspartei (Liberalen und Demokraten) 32 058, Deutschnationale Volkspartei 2791, Saars- und Grundbesitzerpartei 9178, Kommunisten 39 311, Saarbund (franzosenfreundliche Partei) 5588 Stimmen. — Die Wählerverteilung sieht bis her wie folgt: Zentrum 14, bisher 16; Sozialdemokraten 6, bisher 5; Kommunisten 5, bisher 2; deutsch-saarländische Volkspartei 4 (Liberalen und Demokraten zusammen bisher 5); Saars- und Grundbesitzerpartei 1, bisher 2; Deutschnationale Volkspartei 0; Saarbund 0.



ist Rauchen schädlich?

Das Urteil eines hervorragenden deutschen Arztes. Man sollte annehmen, daß über die Frage, ob das Rauchen nützlich oder schädlich ist, irgend etwas Neues überhaupt nicht mehr zu sagen wäre.

Geheimrat Fürbringer betont zunächst, daß es in erster Linie das Nikotin ist, dem die gesundheitlichen Schädigungen durch das Rauchen zuzuschreiben sind.

Besonders giltig — man kann Hunde damit töten — ist der blige, gelbbraune Tabaksaft, in dem sich sehr viel Nikotin ansammelt.

Stimmen. Das sogenannte Mandelstarr ist eine vermeintlich durch die räudige Reizung der Schleimhäute und ist nicht als bedenklich.

Bermischtes.

18 Fischer ertrunken. Während eines orkanartigen Sturmes sind in der Nacht zum Sonnabend mehrere Fischerboote, wie aus Drontheim gemeldet wird, in den Fiskargunden außerhalb Tröien verunglückt.

Schlagweiser-Katastrophe auf der Cassabire-Grube. Nach einer Gasaufschauung aus Paris ist es gelungen, aus der Cassabire-Grube, in der sich vor gestern eine Schlagweiser-Katastrophe ereignete, drei Tote zu Tage zu fördern.

Ein amerikanischer Dampfer gescheitert. Vorgestern nacht ist der amerikanische Dampfer „El Monte“ auf der Fahrt von Remork nach Nouen im Rabel an den Felsenküsten von Octeville gescheitert.

Vom Treibeis gerettet. Auf den zugefrorenen Ozean hatte sich eine große Anzahl Menschen begeben. Da vom Lande starker Westwind wehte, war das Betreten des Eises mit großer Gefahr verbunden.

Opfer des Eises. Seit Wochen bildet der ungestörte und eine natürliche Verbindung zwischen Stralund und der Insel Rügen. Wagen und Autos sowie andere Fahrzeuge fahren hin und her.

Der Vichitral an der Tiefe des Meeres. Nach einer Meldung aus Rom hat man dort eine Erfindung gemacht, die, falls sie von den italienischen Konstrukteuren angenommen wird, eine Revolutionierung der Unterseebootführung herbeiführen wird.

den Gegenstände leben können, ganz gleich, in welcher Tiefe sie sich befinden.

Handgranateneinschlag auf die Gräfin von Arnim. Auf die Gräfin von Arnim, geb. Prinzessin von Vech, wurde, als sie mit ihrem Gatten im Auto auf dem Wege von Prenslau nach dem Krinischen Herrenhause fuhr, ein Mordanschlag verübt.

Kälte in Griechenland. In ganz Griechenland herrscht starke Kälte. In Athen selbst beträgt die Temperatur nur 8 Grad unter Null.

Aus dem Verborgenen eines Neureichen. Die heutige Verlegenheit gemacht werden, ließ eine Verhandlung vor der 8. Strafkammer des Berliner Landgerichts zu durchföhren.

Das Verbrechen der Berliner Viehmarktlückerungskommission. Seit der durch Ausgabe der Rentenmark bewirkten wirtschaftlichen Umwälzung ist mit dem heutigen Tage auch eine Umwälzung auf dem Berliner Viehmarktlückerungsdienst verhängt.

Die Eibe der Berliner Viehmarktlückerungskommission. Seit der durch Ausgabe der Rentenmark bewirkten wirtschaftlichen Umwälzung ist mit dem heutigen Tage auch eine Umwälzung auf dem Berliner Viehmarktlückerungsdienst verhängt.

Auf Hieselbürde.

Roman von Fritz Ganter. 22. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Und doch so früh heraus? Das ist ja etwas ganz Neues an Ihnen.“ Tante Malve ließ einen leisen Spott durchklingen.

erfüllte es sie mit Befriedigung, ihren tranthatten feischen Zustand mit dem heroischen Gedaren in der Natur stumme Zwiegespräche halten zu lassen.

Blöglich blieb sie hart stehen und horchte auf. Ein schneller Schritt näherte sich der Tür. Groß und stark wurde ihr Blick.